

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 32

Erscheint Sonntags.  
Bezugspreis monatlich 10 Pf. Nur Postbezugs.  
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 10. August 1924

Geschäftsstelle: Berlin G. 2, Breitenf. 89 IV.  
Vertrauf: Merkur 8529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

## Der Agrarschutzoll und seine Folgen.

Die deutsche Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Einführung von landwirtschaftlichen Schutzzöllen unterbreitet. Auf dem Verordnungswege konnte die Regierung auch bisher schon eine Anzahl landwirtschaftlicher Produkte mit Schutzzöllen belegen. Das neue Gesetz soll die Zollfreiheit für Getreide, für Kartoffeln sowie für Vieh und Fleisch aufheben. Die Zollsätze können so hoch sein wie noch nie zuvor, indem die Zollsätze des autonomen Zolltarifs von 1902 zur Grundlage dienen sollen, die dank der früheren Handelsverträge in Wirklichkeit niemals erhoben wurden. Die Regierung soll zwar nach dem Entwurf diese ungeheuerlichen Sätze ermäßigen können, muß es aber nicht tun. Damit auch die Industrie nicht leer ausgeht, soll die Regierung dem Entwurf zufolge ermächtigt werden, Industriezölle nach Belieben einzuführen, bzw. die bestehenden zu erhöhen. Der politische Charakter dieses Gesetzentwurfs ist offenkundig. Die Regierung will der Deutschnationalen Partei, welche landwirtschaftliche Schutzzölle fordert, einen Liebesdienst erweisen. Sie hat den Zeitpunkt richtig gewählt. Die in der Tat bestehende landwirtschaftliche Krise ist wohl geeignet, die Köpfe zu verwirren. Niemand bestreitet, daß der Landwirtschaft geholfen werden muß und in dieser Stimmung ist es verhältnismäßig leicht, der in diesen Dingen nicht bewanderten öffentlichen Meinung einzureden, daß der Schutzoll ein gutes Mittel für die Behebung der landwirtschaftlichen Krise darstellt.

Die Krise der deutschen Landwirtschaft ist eine reine Preiskrise, keineswegs aber eine Krise der landwirtschaftlichen Produktion. Die deutsche Landwirtschaft konnte sich seit dem Krieg verblüffend gut erholen. Im Jahre 1922 war die Anbaufläche bereits nur um 3,4 Proz. geringer als vor dem Krieg. Ging zwar der Getreidebau etwas zurück, so hat sich der Anbau von Handelsgewächsen usw. wesentlich gesteigert. Der Kaffeeverbrauch der Landwirtschaft hat sich seit dem Krieg vermindert, dagegen konnte der auf Grund der Haberischen Erfindung aus der Luft hergestellte Stickstoff für die Landwirtschaft ein billiges Düngemittel zuleiten. In bezug auf die Viehzucht bestand im Jahre 1922 noch eine Unterproduktion für Rindvieh um 12 Proz., für Schweine um 35 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit. Nach einer jüngst erschienenen Veröffentlichung des amerikanischen Instituts für Volkswirtschaft dürfte dies aber in den letzten zwei Jahren ausgeglichen worden sein. Während der Zeit der Geldentwertung hat Deutschland Fleisch und Fett in gewaltigen, früher noch nie erreichten Mengen eingeführt. Der Grund dafür war, daß die Landwirte infolge der Geldentwertung den Markt mit Vieh und Schweinen nicht beliefern wollten, dagegen konnten sie in diesen Jahren ihren Vieh- und Schweinebestand sehr erheblich in die Höhe bringen.

Die gegenwärtige Krise der Landwirtschaft ist eine dreifache. Erstens: Die Landwirte haben dank der Geldknappheit keine genügenden Betriebsmittel, ein Uebelstand, den sie mit der Industrie teilen und der eine Folge der Stabilisierung der Währung ist. Zweitens: Es besteht ein Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der Industrieprodukte, demzufolge der Landwirt für Produktionsmittel und Verbrauchsartikel größere Mengen seiner Produkte hergeben muß als früher. Dieses Mißverhältnis, das in Rußland mit einer Schere ver-

glichen wird, die sich immer weiter öffnet, ist gegenwärtig eine Welterscheinung und hat vornehmlich in dem Umstand seine Begründung, daß seit dem Krieg die industrielle Produktion der Welt in einem größeren Maß zurückgegangen ist als die landwirtschaftliche. Trotz der Ueberkapitalisierung der Industrie in vielen Ländern steht die industrielle Erzeugung der Welt immer noch unter dem Vorkriegsstand. Dagegen hat die landwirtschaftliche Produktion der Welt, trotz der Ausschaltung Rußlands vom Weltmarkt und der osteuropäischen Agrarreformen, den Vorkriegsstand bereits überstiegen. Die wachsende überseeische Produktion Kanadas, Argentiniens und Australiens ist für den Zuwachs verantwortlich. Endlich, als drittes Moment, ist die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung für landwirtschaftliche Produkte so gering, daß sie nicht einmal die Weltmarktpreise zu bezahlen vermag, weshalb die deutschen Landwirte, um überhaupt einen Umsatz zu erzielen, unter den Weltmarktpreisen verkaufen müssen.

Dieser Umstand, daß nämlich die deutschen Agrarpreise gegenwärtig unter dem Weltmarktpreis stehen, zeigt, daß die Einführung von Schutzzöllen im gegenwärtigen Augenblick ein Unsinn ist. Kann der Verbraucher nicht einmal die Weltmarktpreise bezahlen, wie soll er die um den hohen Zollsatz verteuerten Preise erschwingen? Die Regierung und die Deutschnationalen wissen es ebenso gut wie andere. Wenn sie dennoch jetzt schon auf der Einführung dieser unnützen Schutzzölle bestehen, so kann dies nur aus der Berechnung hervorgehen, daß heute der Widerstand gegen die Schutzzölle vielleicht ein geringer sein wird. Wird sich später die Lage verändern, so können die Landwirte den Gewinn aus den Schutzzöllen in die Tasche stecken. Die Erfahrung lehrt, daß die einmal errichteten Schutzzölle ein langes Leben haben. Ihr Abbau ist außerordentlich schwer. Deshalb, statt die wirklich nützlichen Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen Krise zu ergreifen, wollen sie bereits jetzt schon Schutzzölle einführen.

Das Mißverhältnis zwischen den Preisen der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte, das, wie oben ausgeführt wurde, eine Welterscheinung ist, kann aber in absehbarer Zeit gut verschwinden. Ja, es sind Ansätze hierfür bereits vorhanden. Die Leistungsfähigkeit der Industrie ist dank der erfolgten Erweiterung der industriellen Anlagen in sämtlichen Ländern gestiegen und deshalb ist die Steigerung der industriellen Erzeugung der Welt durchaus möglich, sobald die Kaufkraft der Völker erhöht werden wird. Dies würde — vorausgesetzt, daß dem Monopolkapital Gegengewichte entgegengesetzt werden können — die Verbilligung der industriellen Erzeugnisse in die Wege leiten. Auf der anderen Seite sind aber überall Zeichen dafür vorhanden, daß die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte — auch abgesehen von der gegenwärtigen Befestigung des Getreidemarktes — auch auf die Dauer erhöht werden können. Außerdem, daß bereits in diesem Jahre eine erhebliche Einschränkung der Anbauflächen vorgenommen wurde, wird mit Hilfe großzügiger neuer Einrichtungen, wie: gemeinsame Verwertung landwirtschaftlicher Produkte durch Großgenossenschaften (Kanada), Neuregelung und Erleichterung des landwirtschaftlichen Kredits (Vereinigten Staaten) usw. die Erhöhung der Getreidepreise mit Erfolg angestrebt. Auch zeigte sich, daß die russische Produktion noch

für sehr lange Zeit für den Weltmarkt kaum in Frage kommt, ebensowenig wie die Baltanländer, wo die Aufteilung des Bodens für längere Zeit mit dem Rückgang des Bodenertrages verbunden ist. Angesichts des zu erwartenden zukünftigen Konjunkturbildes ist deshalb die Einführung von Schutzzöllen nicht notwendig.

Wenn man — wie der Entwurf der Regierung es tut — im Zusammenhang mit den Schutzzöllen von einer Intensivierung der Landwirtschaft redet, so ist dies eine grundfalsche Annahme. Das Gegenteil ist wahr. Der Schutzoll stellt eine arbeitslose Rente dar, die den Landwirt auf das Faulbett legt und ihm den Anreiz zu intensiverer Arbeit, zum Uebergang zu besseren Arbeitsmethoden und dem Anbau lohnender Gewächse nimmt. Es wäre sehr leicht, diese Behauptung mit Beispielen zu belegen.

Der Regierungsentwurf vertritt die Verbraucher damit, daß der Schutzoll vielleicht nicht im ganzen Umfang vom deutschen Verbraucher getragen werden muß, sondern zu einem Teil vom ausländischen Verkäufer. Nun besteht die Wirkung des Schutzollens aus zwei Teilen: Einmal muß der Zoll nach jeder Menge eingeführter Produkte an der Grenze entrichtet werden. Insofern ist er eine Verbrauchssteuer. Da Deutschland unter allen Umständen auf Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen sein wird, kann ihm die Entrichtung dieser Verbrauchssteuer nicht erspart werden; das Einfuhrgetreide usw. wird jedenfalls um den Betrag dieser Steuer teurer werden, als ohne den Schutzoll. Die zweite Wirkung des Schutzollens ist, daß er die Preise der inländischen Produkte erhöht. Nur bei diesem Teil kann davon die Rede sein, daß die Erhöhung nicht um den ganzen Betrag des Schutzollens stattfinden wird, was aber ganz unsicher ist. Jedenfalls wird aber auf Kosten der Kernsten eine neue Verbrauchssteuer der ungerechtesten Art, eine Brotsteuer, ins Leben gerufen.

Somit enthüllt sich das wirkliche Gesicht der Agrarschutzölle. Die Reparationslasten sollen auf Kosten der Arbeiterschaft, insbesondere durch Arbeitszeitverlängerung getragen werden. Die Arbeiterschaft soll auch der Landwirtschaft einen vollkommen ungerechtfertigten Tribut leisten. Arbeitszeitverlängerung und landwirtschaftliche Schutzölle sind aus demselben Mutterchoß geboren. A. S.

## Tagung des Bundesauschusses des ADGB.

Der Bundesauschuß trat am 21. Juli zu einer zweitägigen Tagung zusammen. Der Bericht des Bundesvorstandes, den Seipart erstattete, erstreckte sich auf die derzeitige Wirtschaftslage und die Kampfslage der Gewerkschaften, sowie auf die Tätigkeit des Vorstandes. Insbesondere wies er auf die große Bedeutung der Verhandlungen der sechsten internationalen Arbeitskonferenz in Genf über den Achtstundentag und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens hin, die dem Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages einen neuen Impuls gaben. Die deutschen gewerkschaftlichen Erhebungen über die wirkliche Arbeitszeit in den Betrieben ließen erkennen, daß etwa ein Drittel der Betriebe länger als 8 Stunden arbeite. Es muß das Bestreben der Gewerkschaften sein, das verlorene Terrain zurückzugewinnen oder wenigstens für die zugelassene Ueberarbeit tarifliche Ueberstundenzuschläge durchzusetzen. Im weiteren berichtete er über den Abbau des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, über die Verhand-

lungen der beiden Internationalen zum Sachverständigengutachten, über die mit der Reichsregierung zu diesem Gegenstande und zur Schutzpolitik stattgefundenen Beratungen, über den bevorstehenden internationalen Kongress für Sozialpolitik in Prag und über die vor wenigen Wochen abgehaltene Konferenz mit den Bezirkssekretären des ADGB, die sich besonders mit den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Neubebung der Agitation befaßte. In der Aussprache wurde besonders über die Beschlüsse des Genossenschaftstages in Ulm betr. das Nachbatterbot beraten. Ferner wurde die Notwendigkeit anerkannt, dem unwürdigen Zustand, in dem sich der vorläufige Reichswirtschaftsrat zurzeit befindet, sofort ein Ende zu machen. Eine diesbezügliche Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Die an Stelle des ausgeschiedenen Sekretärs, Genossen Wisfell, vorgenommene Wahl eines Bundessekretärs ergab die einstimmige Wahl des Genossen Wilhelm Eggert (Metallarbeiterverband) in Stuttgart.

Ueber das Sachverständigengutachten und die Stellung der Gewerkschaften hielt Genosse Larnow einen sehr instruktiven Vortrag. Er erläuterte den Inhalt des Gutachtens und die damit für Deutschland verbundenen Lasten. Wer diese mit der gegenwärtigen Belastung, besonders aus den Ricumverträgen vergleiche, könne gar nicht darüber im Zweifel sein, daß die Vorschläge des Gutachtens wohl für uns erträglicher und daher anzunehmen seien. Der Redner berichtete weiter über die Arbeiten der vom Bundesvorstand hierzu eingesetzten Kommission, deren Ergebnisse in einer Denkschrift zusammengestellt und bis Ende des Monats im Druck vorliegen würden. Dieselbe soll allen Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt werden. Nach kurzer Aussprache wurde den Gewerkschaftsvorständen empfohlen, diese Frage eingehender in ihren Gewerkschaften zu behandeln.

Daran schloß sich der Bericht der vom Bundesauschuß eingesetzten Kommission über die Vorbereitung einer Volksabstimmung betr. den gesetzlichen Achtstundentag, in deren Auftrag Plettl referierte. Die Kommission hat Sachverständige gehört und Gutachten eingefordert über die Frage, ob ein eigener Gesetzentwurf oder das Washingtoner Abkommen der Volksabstimmung zugrunde zu legen sei, und ist schließlich zu dem Entschluß gekommen, das letztere zu empfehlen.

Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Ankündigungen der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie ihren Parlamenten jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehlen wollten, beschloß der Bundesauschuß, die dem Deutschen Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertreter aufzufordern, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstag die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.

Die Vorschläge der zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Achtstundentag eingesetzten Kommission verwies der Bundesauschuß zunächst an die Vorstände der Einzelverbände zur beschleunigten Stellungnahme.

Die Verbände sollen insbesondere über die Aufbringung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesauschuß sprach sich dahin aus, daß der Mindestbeitrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50 Pf. betragen muß. Jeder Verband soll die hiernach auf ihn entfallende Summe vom 1. November d. J. ab verfügbar halten.

An letzter Stelle berichtete Breg namens der vom Bundesauschuß in Ausführung des Leipziger Kongressbeschlusses über die Organisationsfrage eingesetzten Kommission, daß diese, um einer geeigneten Lösung näher zu kommen, einen Arbeitsauschuß eingesetzt habe. Dieser habe indes keine Arbeit infolge der allgemeinen Zeitverhältnisse, die alle Gewerkschaften mit einer Heberlast von Aufgaben überbürdeten, nicht erledigen können. Ein Vorwurf daraus könne niemand gemacht werden, am wenigsten dem Bundesvorstand, der vielmehr wiederholt gedrängt habe. Der Arbeitsauschuß werde am 24. und 25. September d. J. zusammentreten und der

am 26. September tagenden Kommission seine Vorschläge unterbreiten. Leipart empfahl der Kommission, wenigstens solche praktischen Vorschläge zur Verbesserung der Organisation zu machen, daß sie der nächstjährige Kongress zum Beschluß erheben könne.

**Der Tariffunktionär.**

Zu diesem zeitgemäßen Thema äußert sich in der Graphischen Presse ein auf diesem Gebiete besonders erfahrener Kollege, dessen lange Ausführungen nachstehend leider nur auszugsweise wiedergegeben werden können.

In einer ganzen Reihe von Gewerben sind diese Festlegungen (der Lohn- und Arbeitsverhältnisse) tariflicher Natur und damit dem für das Gewerbe gültigen Berufsrecht, womit ich den Tarifvertrag verstanden haben will, unterstellt. Diese Berufsrechte oder Tarifverträge, zu deren Erfüllung und Durchführung die Unternehmer vielfach erst gezwungen werden mußten, stellen ein erfreuliches Gegengewicht zu dem auch heute noch von Unternehmerseite propagierten „freien Spiel der Kräfte“ dar. Ein großer Teil des Unternehmertums zeteri heute wieder über den lästigen Zwang der Tarifverträge, weil der Tarifpartner, die freien Gewerkschaften, ihnen bereits zu weit in die Regelung der Berufsverhältnisse eingestiegen ist. Unter dieser

**Viele Kolleginnen und Kollegen**

zahlen leider nicht entsprechend ihrem Lohn den Verbandsbeitrag, sondern lieben niedrigere Beitragsmarken. Sie

**sparen Pfennige**

und wissen anscheinend nicht, daß sie sich selbst am meisten dadurch schädigen. Glaubt ihr, Kolleginnen und Kollegen, daß euch die so „gesparten“ Pfennige glücklich machen können? Das ist sicher nicht der Fall. Wenn aber

**30 000 Mitglieder**

auf diese Weise den Buchbinderverband wöchentlich nur um je 10 Pf. betrügen, dann macht das für den Verband im Jahre einen

**Ausfall von 150 000 Goldmark.**

Mit diesen könnten aber viele Tränen hungernder Kinder unserer arbeitslosen und kämpfenden Mitglieder gestillt werden. Darum seid ehrlich gegen euch selbst und eure Organisation! Wer seinen Beitrag nicht ordnungsgemäß leistet,

**schädigt seinen Verband**

und leistet den Unternehmern Vorhub. Deshalb tue jeder seine Pflicht!

H. A.

Parole wird gegen die tarifvertragliche Mitbestimmung der Gewerkschaften mobil gemacht, weil man nicht mit Unrecht befürchtet, daß der weitere Ausbau des Tarifvertragsrechts auch einige Lichtbündel in das Halbdunkel der Syndikats- und Kartellbureaus werfen müßte.

Diese Bestrebungen der Arbeitgeber, deren Wortführer sich bereits mit derartigen Rundgebungen an die Öffentlichkeit wagen, zeigen, daß es für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unabwendbare Pflicht ist, eine Lockerung der bestehenden Tarifverträge unter allen Umständen zu verhindern. Voraussetzung und Vorbedingung dieses Weges ist aber die Regelung der Berufsverhältnisse nicht preiszugeben. Darum ist es unbedingt notwendig, die bestehenden Tarife nicht unnötig in Gefahr zu bringen und die vorhandenen Tariforgane in Wirksamkeit zu erhalten. Einem aus abnormen Verhältnissen geborenen Vorstoß gegen den Tarif wird das öffentliche Rechtsbewußtsein verständnisvoll gegenüberstehen. Jede absichtliche Mißachtung tariflicher Vereinbarungen stärkt dagegen die Position derjenigen Unternehmerkreise, die die Arbeiterschaft um mindestens 20 Jahre zurückwerfen möchten. Wenn wir es als unser gutes Recht beanspruchen, jeden Verstoß der Unternehmer gegen den Tarif energisch zurückzuweisen, so müssen wir mindestens darauf bedacht sein, den Unternehmern keinen willkommenen Anlaß zum Angriff auf den Tarif zu bieten.

Wichtig ist dabei auch — und damit komme ich zu Ausführungen, auf die schon der Titel dieses Aufsatzes Bezug nimmt — sich in die Aufgaben eines Tariffunktionärs hineinzudenken. Es berührt nicht gerade sehr ermutigend, wenn

man bemerkt, mit welchem Mangel an Verständnis und welcher Voreingenommenheit ein Teil der Kollegenschaft ihren selbstgeschaffenen Tariforganen gegenübersteht. Diese Organe (Tarifausschuß, Tarifamt, Tarifschiedsgericht) sind zur Erfüllung ganz bestimmter Aufgaben geschaffen, als da sind: 1. Einen von den Mitgliedern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gewünschten Tarif zu beraten und zu formulieren, 2. falls das Ergebnis dieser Beratungen durch Zustimmung beider Parteien zum Tarifabschluß geführt hat, diesen Tarif überall zur Anerkennung und Durchführung zu bringen, 3. Recht zu sprechen in Streitigkeiten, die sich bei der Anwendung des Tarifes zwischen den Parteien herausstellen, oder die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben. Die Tariforgane haben also ein scharf begrenztes Tätigkeitsfeld, das bestimmt wird von dem Willen beider Parteien, die Berufsverhältnisse durch Tarifvertrag zu regeln. Es kann sich daher für die Mitglieder der Tarifschiedsgerichte nicht darum handeln, ob sie diese oder jene tarifliche Bestimmung für nicht im Interesse ihrer Kollegen liegend ansehen. Sie können diese Bestimmungen, auch wenn ihr Solidaritätsgefühl mit ihren Auftraggebern sich dagegen aufbäumt, nicht ignorieren, wenn ihnen daran liegt, die Vertragstreue und die Vertragsfähigkeit ihrer gewerkschaftlichen Organisation unverletzt zu erhalten. Einer noch härteren Belastungsprobe sind sie ausgesetzt, wenn sie Mitglieder ihrer Organisation, die in schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis gegen Vertragsbestimmungen verstoßen haben, wieder auf den tariflichen Boden zurückführen müssen. Da kann es wohl vorkommen, daß die zurechtgewiesenen oder verurteilten Kollegen wild aufbegehren und den Tarif mit allen seinen Schönheiten zum Teufel schiden möchten.

Der Tariffunktionär hat gegenüber diesen „Sündern“ das Recht der Allgemeinheit zu verteidigen. Will die Allgemeinheit in Konsequenz aller Erfahrungen mit dem Tarif diesen nicht mehr erneuern, so ist der Funktionär seiner Pflicht los und ledig. Entschieden dagegen die Allgemeinheit, daß trotz des Zwanges, der nun einmal jedem Verträge innewohnt, ein Tarif mit seinen Rechten und Pflichten einem tariflosen Zustande vorzuziehen ist, so hat der Funktionär erneut die Aufgabe, Freund und Feind zur Beachtung des Tarifvertrages anzuhalten.

Die Tariffunktionäre haben sich durch die vielfältigsten Spielarten der tariflichen Konflikte hindurchzuwinden, immer mit dem leitenden Gedanken, die Organisation unverletzt zu erhalten. Sie sind nicht behaftet mit einer unnatürlichen Jüneigung zu den Unternehmern, sondern fühlen sich durchaus als im Klassenkampf stehende Vorposten. Sie wissen, daß der Klassenkampf so lange währt, als die Scheidung der Menschheit in die Klassen der Besitzenden und der Besitzlosen fort dauert. Sie wissen aber auch, daß der Tarifvertrag den Klassenkampf nicht aufhebt, sondern nur die brutalsten Methoden desselben mildert oder für eine gewisse Zeit zurückstößt. Wir müssen schon innerhalb unserer Berufe beweisen, daß die Arbeiterschaft fähig ist, an Stelle der Wirtschaftsanarchie die wirtschaftliche Ordnung zu setzen. Das können wir am besten, wenn wir die Vertragsfähigkeit unserer eigenen Organisationen hochhalten.

Heute vereinbart die Berufsorganisation Tarifverträge oder sie lehnt sie ab; in Zukunft liegt vielleicht die Entscheidung darüber bei der Gesamtarbeiterschaft. Von der einwandfreien Durchführung des Tarifs durch die Funktionäre hängt es darum im wesentlichen ab, ob eine großzügige Regelung der Berufs- und Lebensverhältnisse durch die Arbeiterschaft erwartet werden kann. Darum, Kollegen, muß in dem Verantwortlichkeitsgefühl eurer Funktionäre die Gewähr dafür liegen, daß der Aufstieg der Arbeiterklasse ein unaufhaltbarer ist. F. A.

**Das Schlichtungswesen in den Tarifverträgen.**

Nach der amtlichen Tariffstatistik ist die Reizung, in den Tarifverträgen Organe zur Erledigung von Tarifstreitigkeiten vorzusehen, von Jahr zu Jahr stärker geworden, so daß gegenwärtig für weitaus die meisten unter Tarifverträgen beschäftigten Personen tarifliche Schlichtungsrichtungen bestehen. Am Ende des Jahres 1922 waren es 91,7 Proz. aller Beschäftigten, für welche solche Bestimmungen bestanden. Am meisten waren hieran die Bezirksstädte beteiligt, auf die 73,0 Proz. oder unter solchen Tarifverträgen Arbeitenden entfallen.

# UNSERE JUGEND

## Der Jugend ins Stammbuch.

Die Jungen:

Wir bitten dich, Vater, um deinen Rat  
Wie man's im Leben zu halten hat.

Der Alte:

Was euch nicht schmeichelt,  
Wollt ihr nicht hören,  
Was euch nicht frommt,  
Will ich nicht lehren.  
Es ist am besten,  
Euch nicht zu stören.

Die Jungen:

Wir bitten dennoch, zeige uns an  
Wie man das Ziel erreichen kann.

Der Alte:

Run wohlan:  
Sich bemeistern in Liebe und Haß,  
Sich begeistern ohne Glas und Faß,  
Der Worte wenig, der Arbeit viel,  
Das führt ans Ziel.

Peter Rosegger  
in „Heimgärtner's Tagebuch“.

## Der Weg zur Macht.

Unserer Jugend gehört die Zukunft. Ihr vertrauen wir das hohe Gut an, das die Arbeiterschaft in ihren jahrzehntelangen zähen und opferreichen Kämpfen sich errungen hat. Wir erwarten aber von der Jugend, daß sie mit diesem ihr anvertrauten Punde wuchert, also nicht rastet, sondern eifrig vorwärts strebt, bis das hohe Ziel erreicht ist, das wir uns gesteckt haben: Die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus. Es ist ein harter Kampf, welcher der Jugend hier noch bevorsteht, und niemand sollte sich darüber täuschen, daß es eines scharfen geistigen Rüstzeuges bedarf, um diesen Kampf mit Erfolg bis zum Endziel führen zu können.

Unsere Jugend muß daher danach streben und dahin gebracht werden, nicht bloß parteipolitisch aufgeklärt zu sein, sondern insbesondere, was eigentlich selbstverständlich dabei sein sollte, auch wirtschaftspolitisch auf möglichst hoher Warte zu stehen. Also die inneren Zusammenhänge unserer außerordentlich komplizierten Volkswirtschaft und des kapitalistischen Systems ergründen und erfassen, weil nur dann der Befreiungskampf erfolgreich weitergeführt werden kann.

Das Bildungswejen ist daher immer eines jener Probleme gewesen, das in der Arbeiterbewegung die größte Bedeutung fand. Die Erkenntnis war immer Allgemeingut, daß die proletarische Bewegung nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern auch eine kulturelle sein muß. „Wissen ist Macht“, sagte der alte Diebsteich schon den Arbeitern. Die Abklärung der heutigen Gesellschaftsordnung und ihre Umwandlung in eine sozialistische ist nur möglich durch eine geschlossene, gut geschulte Arbeiterklasse.

Wie sieht es aber damit in Deutschland jetzt aus? Wir kommen an der Tatsache, daß infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen die Fortbildung der Arbeiterschaft ungemein gelitten hat, nicht vorbei. Der Wahlausfall zeigt das zur Genüge.

Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen, das die Begründer und Führer des Sozialismus mit als die höchste Errungenschaft für die Arbeiterschaft anstrebten, das der Arbeiterschaft tatsächlich schon heute die Macht in die Hände gibt, wenn sie sich dieser Waffe richtig bedient, dieses freie Wahlrecht hat mit Hilfe der Arbeiterschaft aus einem reaktionären Reichstag gebracht, der das Schlimmste befürchten sollte.

Es fehlt uns eben die aufgeklärte, klassenbewußte Arbeiterschaft. Sollen wir aber deshalb unser erbärmliches Leben so weiter fristen? Haben wir nicht als Proletarier, vor allem aber die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Volksgenossen, dem Nachwuchs der Arbeiterklasse, ja der gesamten Menschheit und uns selbst gegenüber die Pflicht, die heutige Gesellschaftsordnung zu beseitigen und sie durch eine

sozialistische zu ersetzen? Immer und immer wieder müssen wir unseren Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern den Satz ins Gedächtnis hämmern: „Bildung macht frei!“ Es darf nicht mehr das Leben des Arbeiters lediglich aufgehen in den Sorgen der Ernährung und Fortpflanzung.

So wie die Gewerkschaften von jeher in hervorragendem Maße zur Hebung der Allgemeinbildung der Arbeiterschaft beigetragen haben — wenn diese Aufgabe auch in der Nachkriegszeit durch die vielen Lohnbewegungen und inneren Zerrwürfnisse stark vernachlässigt worden ist —, so werden sie in Zukunft mehr denn je ihr Hauptaugenmerk auf die Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses legen müssen. Denn die Art der Erziehung, wie wir sie heute noch in der Schule wie in den meisten Proletarierfamilien finden, ist keine solche ideale, wie wir sie gebrauchen. Nein, sie wird es nicht sein, auch nicht sein können, wenn wir nicht unser Augenmerk darauf richten, erst die sozialistische Mutter zu erziehen. Darum auch das Bestreben der Gewerkschaften, schon die Jugendlichen zu jeder Mitarbeit und Weiterbildung heranzuziehen. Dadurch wird ihnen systematisch ein gewisses Maß von Bildung vermittelt, das sie befähigt, sich höher entwickeln zu können. Durch diese Arbeit erkennen auch wir die Pflicht der Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit an, alle proletarischen Bildungsbefähigungen zu unterstützen, denn nur in dem Kulturfortschritt der Arbeiterschaft besteht die Vermenschlichung des Daseins der Arbeiter als Klasse, ihr kultureller Aufstieg wirkt sich aus in ihrem Haß gegen alles Rohe und Gemeine, gegen alle Ungerechtigkeit, unter der sie leiden.

Diesem Streben der Gewerkschaften, die Arbeiterklasse geistig emporzuheben, hat das Unternehmertum immer den hartnäckigsten Widerstand entgegengesetzt. Es herrscht auch jetzt wieder das Bestreben bei den sich wieder mächtig fühlenden reaktionären Schichten vor, die ohnehin nicht zahlreichen Bildungsgestalten für geistig vorwärtstrebende Proletarier möglichst zu beseitigen.

Aber gerade daraus sollte die Jugend erkennen, daß die Gewerkschaften auf dem richtigen Wege sind, wenn sie ihr immer neue Bildungsmöglichkeiten geben und ihr Wissensgebiet zu erweitern versuchen.

Mehr als bisher sollte sich daher gerade die Jugend den Gewerkschaften anschließen, von deren Bildungseinrichtungen den weitestgehenden Gebrauch machen und ihr geistiges Rüstzeug stärken. Nur auf diesem Wege kommen wir vorwärts und zur Macht.

## An die Jüngsten!

Der Traum der Freiheit scheint euch jetzt erfüllt zu sein. Gewiß ist es kein Lehrer mehr, der euch beaufsichtigt; es ist aber meistens ein strengerer Begleiter, der euch nicht tun läßt, was ihr gern wollt: Der Beruf. Ihr seid nun mit eingetreten in das große Heer der Arbeiter. Mancher Wunsch und manche Hoffnung aber wird euch nicht erfüllt sein. Doch das darf euch nicht entmutigen! Wertet euch besonders: Nie den Mut verlieren, nie den Kopf hängen lassen! Es werden euch oft schwere Stunden der Sorge und Mühe nicht erspart bleiben, aber das darf euch nicht niederbringen. Wißt, daß junge Freundsinnen und Freunde da sind, die euch gern unterstützen. An die haltet euch! Ihr findet sie in der Arbeiterjugendbewegung. Sie will euch zu entschlossenen und guten Menschen erziehen. Dort könnt ihr euch nach Herzenslust aussprechen, dort werdet ihr das erfahren, was euch interessiert.

Das Leben ist voll Kampf. Wer gestählt ist und aufgeklärt, der wird ihn bestehen. Alle die jungen Freundsinnen und Freunde in der Arbeiterjugend haben den gleichen Wunsch wie ihr: recht glücklich zu sein. Das Glück wird durch gegenseitige Verständigung und Liebe kommen. Zögert ihr noch? Kommt zu uns in die Arbeiterjugend! Für alle von euch gilt auch das Goethesche Wort:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,  
Der lägllich sie erobern muß!“

Erich Fuchs.

## Kurt Eisner und die Jugend.

Gedanken aus einem Vortrag Kurt Eisners.

Wir Vereinten und Vereinzelt in den Jahren des Krieges hatten nur eine Hoffnung, nur eine Zuflucht: Die Jugend. Die neue Jugend wollten wir zu Menschen bilden, die jungen Gemüter für neue Ideen begeistern, vor allem für die eine größte Idee, die die Menschheit kennt: daß zwischen Gedanken und Tat kein Widerspruch und kein Zeitraum stehen dürfe.

Ihr, die ihr noch das Glück habt, jung zu sein, eins macht/nur das Leben wert: ohne Lebensangst zu sein, an das Leben zu glauben und dem Leben zu leben. Vor lauter Angst, daß wir dieses blickende Leben verlieren könnten, daß wir in unserer sozialen Existenz bedroht werden könnten, vor lauter Angst vor dem Morgen und vor dem Heute vertieren wir unsere Zukunft. —

Wir stehen an der Wende aller Zeiten. Die Völker, die gegeneinander gehetzt waren, die Klassen, die erbarmungslos miteinander ringen, das war gestern. Die neue Jugend muß berufen sein, an der neuen Welt zu bauen, sie muß aber wirklich sich loslösen von allem Vergangenen, sie muß hinaus, sich denken in die Zukunft; denn das ist der größte Stolz der Jugend, Ehrfurcht zu haben vor ihrer Zukunft, vor unserer Zukunft, und das Bewissen der Menschheit in sich lebendig zu machen. —

## Mitteilungen des Jugendsekretariats des ADGB.

Vom Jugendsekretariat des ADGB wird uns mitgeteilt, daß das neue Verzeichnis der Jugendherbergen in Deutschland (soeben erschienen) ist. Es bietet außer dem Verzeichnis der 1600 Herbergen noch Aufklärung über deren Benutzung, über Karten und Führer für die einzelnen Wandergebiete, sowie über die Fahrpreisermäßigung bei Jugendwanderungen. Es ist zum Preise von 90 Pf. unter Nachnahme vom Verband für deutsche Jugendherbergen, Hildesbach i. Westf., oder durch die Buchhandlungen zu beziehen.

Weiter teilt das Jugendsekretariat mit, daß der Verband der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ seine gut eingeführten Niederbücher wieder neu herausgebracht hat. Das bekannte, bereits in mehreren hunderttausend Exemplaren verbreitete Jugendliederbuch (enthält nur Texte) kostet jetzt in festem Einband 0,70 M., in Leinen kartoniert 0,40 M. Das von Hermann Böse bearbeitete Volksliederbuch („Das Volkslied für Heim und Wanderung“) enthält Texte und Noten von etwa 300 Liedern; es müßte in jeder Gruppe wenigstens einmal vertreten sein. Der Preis ist 3 M. für das in Leinen gebundene Buch. Diese Bücher sind vom „Arbeiterjugend-Verlag“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen, der Vereinen und Jugendgruppen besonderen Rabatt gewährt.

Das Jugendsekretariat des ADGB weist darauf hin, daß die Deutsche Lichtbildgesellschaft v. B., Berlin SW. 19, Krausenstr. 38/39, in Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Jugendherbergen den Wanderfilm „Ich fahre in die Welt“ herausgegeben hat. Dieser Film wird zu Vorführungen für den Preis von 1,50 M. einschließlich Textbuch vertiehen.

Gleichzeitig empfiehlt das Jugendsekretariat den in unserer Jugendarbeit tätigen Kollegen die Monatschrift des Ausschusses der Deutschen Jugendverbände „Der Ratgeber für Jugendvereinigungen“. Durch Mitarbeit von allen Richtungen sei dafür gefordert, daß die Zeitschrift die Ansichten aller Kreise zu den verschiedensten Problemen wiedergibt. Das Einzelheft kostet 30 Pf.

Zu einer im Herbst in Santiago stattfindenden internationalen Ausstellung über Jugendwohlfahrt erfucht das „Deutsche Archiv für Jugendwohlfahrt“, Berlin, Mohlenstraße 7, ihm Photographien, Zeichnungen, Zeitschriften usw. zuzusenden, die für die Jugendbewegung von Interesse sind.

Bei dieser Gelegenheit beabsichtigt auch das Jugendsekretariat des ADGB, ein solches Archiv anzulegen, welches es schon bei der in Oxford stattfindenden 2. Konferenz über Arbeiterbildung praktisch verwerten will.

### Die Wohnungsbauwirtschaft in Deutschland

Zeit zehn Jahren werden in Deutschland kaum mehr Wohnungen hergestellt. Während der Inflationszeit haben die Privatunternehmer nicht gebaut, obwohl Geldmittel damals reichlich vorhanden und die Bautkosten dank dem hohen inneren Kaufwert der Papiermark sehr niedrig waren. Sie scheuten das Risiko für den Fall, daß der Geldwert wieder hergestellt würde. Die Gemeinden haben Bauzusage gewährt, die aber zum Wohnungsbau wenig beigetragen haben. Es waren nur die Industrieunternehmungen, die Arbeiterwohnungen in größerem Maß herstellten. Diese waren im übrigen die Nutznießer der Willigkeit der Mieter, da sie die Löhne aus diesem Grunde zu kürzen vermochten, was ihnen Profite im Inland überlebte und einen Vorrang im Außenhandel sicherte. Nach der Stabilisierung der Währung wäre es nun an der Zeit, endlich mit dem unentbehrlichen Wohnungsbau zu beginnen. Für das laufende Jahr wird dies kaum mehr möglich sein. Infolge des Geldmangels können Kapitalien zum Wohnungsbau dem Kapitalmarkt nicht entnommen werden und sind infolgedessen die Mieter nicht ausreißend, um den an den Staat abgeführten Teil derselben zur Grundfläche von Wohnungsbauten zu machen. Dennoch müssen wir rechtzeitig Mittel ausfindig machen, durch die die Wohnungsbauwirtschaft in die Wege geleitet werden kann. Bruno Nisch beleuchtet im Juniheft der Zeitschrift „Die Gesellschaft“ das Wohnungsproblem Deutschlands von allen Seiten. Zum entnehmen wir folgende Angaben: Früher wurden jährlich 200 000 bis 250 000 Wohnungen im Jahre hergestellt. Gegenwärtig fehlen 1 1/2 Millionen Wohnungen; angesichts des geringen Bevölkerungswachstums ist der dringende Bedarf mit 700 000 bis 800 000 Wohnungen zu veranschlagen. Die Beschaffung der hierzu nötigen Kapitalien wäre nicht unmöglich. Dem privaten Kapitalmarkt können sie zwar nicht entnommen werden, da die Kapitalien auch weiter andauern wird. Da der Hausbesitz dank der Geldentwertung bis zu 85 Proz. seiner Kosten sich entziehen konnte und die Miete früher durchschnittlich 65 Proz. Kapitalzinsen enthielt, kann der Anfall des Hausbesitzers an der Miete, ohne ihn zu schädigen, gegenüber dem Frieden um 55 Proz. gesenkt werden. Dieser Anteil könnte als Mietersteuer abgeführt werden. Wenn bei niedriger Berechnung die Vorkriegsmiete für die vorhandenen 12 Millionen Wohnungen auf 2,5 Milliarden Goldmark angeschlagen wird, kann die Hälfte hiervon, das heißt 1,25 Milliarden Goldmark, als Mietersteuer jährlich einbezogen werden. Rechnen wir eine Viertelmilliarde für unumgängliche Reparaturen — die Wohnungen sind infolge der Vernachlässigung der Reparaturen in einem Maße baufällig, daß in den nächsten Jahren mehr Wohnungen unbenutzbar werden als in den letzten Jahren gebaut wurden —, so verbleibt noch eine Milliarde Goldmark für Wohnungsbau, die zur Herstellung von 120 000 bis 130 000 Wohnungen ausreichen würden. Die Voraussetzung hierfür wäre freilich, daß die ganze Mietersteuer zum Wohnungsbau, nicht aber zur Deckung anderer Ausgaben der Staaten und Gemeinden verwendet würde. Laut Steuernverordnung sollen nur 10 Prozent des künftigen Mietersteuertages zum Wohnungsbau verwendet werden. Die preussische Regierung behauptet, die Mietersteuer zur Bestreitung der ordentlichen Ausgaben unbedingt nötig zu haben. Bruno Nisch wie auch Hans Keffler in derselben Nummer der „Gesellschaft“ sind dagegen der Meinung, daß für die Ausgaben des Staates und der Gemeinden auch ohne die Mietersteuer genügend Deckung vorhanden sein würde, wenn nur ihre eigenen Steuern ausgebaut und ihre Betriebe ertragsreicher ausgestaltet würden. Bleibt noch die produktivtechnische Frage zu lösen, insbesondere der Mangel an geschulten Bauarbeitern, die inzwischen in andere Industrien abgewandert sind. Jedenfalls aber muß es die dringende Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft sein, auf die baldige Lösung des Wohnungsproblems hinzuwirken.

Inzwischen ist ein neuer Plan zur Lösung dieses Problems aufgetaucht, der zweifellos in weiten Kreisen des Volkes viel Anklang finden wird. Es schwebt nämlich zurzeit beim preussischen Finanzministerium und beim Reichsfinanzministerium ein Plan des Industriellen Wilhelm Rosenkranz aus Hagen über die Genehmigung einer Deutschen Wohnhäuser-Lotterie. Das Reichsfinanzministerium hat bereits die Einzelheiten der Idee nachgeprüft, für durchführbar erachtet und beifällig. Die Gewinne sollen nur in Wohnhäusern im Bauwert von 15 000 M. bestehen. Die Häuser werden von der Lotterie-Gesellschaft errichtet und dem Gewinner schickfertig übergeben. Der Gewinner kann sich unter verschiedenen Bauweisen den ihm zusagenden, auch den Ort, wo gebaut werden soll, aussuchen. Weitere Wünsche sollen möglichst Berücksichtigung finden. Der Preis für das Los einschließlich Lotteriesteuer wird eine Rentenmark betragen. Mit Hilfe dieser Lotterie sollen durch Schenkung von Kleinbauwerkstätten in Größe von 30 bis 50 Morgen auch Moor- und Seeländereien kultiviert werden. Man wird nähere und offizielle Mitteilungen aus den beteiligten Ministerien abwarten müssen. Ohne Zweifel

würde eine solche Lotterie in allerweitesten Kreisen mehr Anklang finden als die höchst unbeliebte Hauszinssteuer, deren Millionenerträge einfließen noch aufgeschiebert werden. Es wäre originell und bezeichnend, wenn durch die Wohnhäuser-Lotterie die Bautätigkeit jenseit belebt wird als durch die Mietersteuer.

### An die Unorganisierten!

Wie heißt derjenige, der des Nachts in den Garten seines Nachbarn einbricht und sich die Früchte aneignet, deren Pflege dem Besitzer so viel Mühe und Arbeit kostet?

Dieß! So nennt man ihn. Wie heißen diejenigen, die die Früchte der Organisation in Gestalt von Wechrohn, Arbeitszeitverkürzung usw. einsteifen, die den Arbeitern zukommen, ohne daß sie zur Stärkung der Organisation etwas beitragen?

Diebe am Arbeiterrecht! So werden sie genannt. Während man den, der sich an fremden Gartenfrüchten bereichert, bestraft, prahlen jene, die die Früchte der Organisation heben, noch öffentlich damit. — Statt daß man sie mit Verachtung traktiert, nicht mit ihnen verfehrt, wo es eben geht, nicht mit ihnen arbeitet, ist es soweit gekommen, daß man ihnen Beifall zollt.

Beifall, wenn sie in Versammlungsveranstaltungen über die Organisation und deren Vertreter losziehen; Beifall, wenn sie erklären, daß diese nicht genug herausgeholt; Beifall manchmal auch von solchen, die regelmäßig ihre Beiträge zur Organisation zahlen, die auch sehr gut wissen, daß deren Vertreter ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, die sich aber von Augenblicksstimmmungen hinreißen lassen, die in dieser Zeit der Not und des Elends für sie getan, und denen zuzubeden, die niemals etwas geleistet, nie getan, aber immer mit geerntet haben.

Dies muß anders werden! Schlimmer noch als der betreffende Feind, den niemand liebt, ist der Feind im eigenen Lager der Arbeiterschaft. Gut Freund mit ihm sein, Tiraden noch zuzubeden, heißt Verrat an der Arbeiterschaft.

### Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Es ist eine neue Verordnung erschienen, die aber an der Klasseneinteilung und der Höhe der Beiträge nichts ändert. Die Beiträge lauten jedoch nunmehr auf Goldmark, statt bisher auf Rentenmark. Ebenso sind die Leistungen auf Goldmarkbasis gestellt. Die jetzigen Beitragssätze sind:

| Invalidenversicherung                     | Wochenbeitrag    | Wochenbeitrag |
|---|------------------|---------------|
| Klasse 1                                  | bis zu 10 Goldm. | 20 Goldpf.    |
| Klasse 2 v. mehr als 10 bis zu 15 Goldm.  |                  | 40 Goldpf.    |
| Klasse 3 v. mehr als 15 bis zu 20 Goldm.  |                  | 60 Goldpf.    |
| Klasse 4 v. mehr als 20 bis zu 25 Goldm.  |                  | 80 Goldpf.    |
| Klasse 5 v. mehr als 25 Goldm.            |                  | 100 Goldpf.   |
| Angestelltenversicherung                  | Monatsbeitrag    | Monatsbeitrag |
| Klasse A                                  | bis zu 50 Goldm. | 1.50 Goldm.   |
| Klasse B v. mehr als 50 b. zu 100 Goldm.  |                  | 3.— Goldm.    |
| Klasse C v. mehr als 100 b. zu 200 Goldm. |                  | 6.— Goldm.    |
| Klasse D v. mehr als 200 b. zu 300 Goldm. |                  | 9.— Goldm.    |
| Klasse E v. mehr als 300 Goldm.           |                  | 12.— Goldm.   |

In beiden Versicherungsarten tragen die Arbeitnehmer die Hälfte der genannten Beitragssätze.

Die Invalidenrente besteht aus einem Grundbetrag für alle Lohnklassen von 120 Goldmark jährlich. Als Steigerungsbetrag kommen dazu 10 Proz. der gültig entrichteten Beiträge. Daneben wird ein Reichszuschuß von jährlich 36 Goldmark gewährt. Hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 18 Jahren, so erhöht sich für jedes von ihnen die Invalidenrente um jährlich 36 Goldmark. Die Witwen- und Waisenrente besteht aus einem Reichszuschuß von 36 M. jährlich und einem Anteil der Versicherungsanstalt von sechs Zehnteln des Grund- und Steigerungsbetrages der Invalidenrente, die Basisrente aus einem Reichszuschuß von 24 Goldmark und fünf Zehnteln des Grund- und Steigerungsbetrages. Die Renten werden auf volle Goldpfennig aufgerundet und monatlich im voraus mit dem im Vorvertrieb üblichen Zahlungsmitteln gezahlt.

An der Angestelltenversicherung besteht das jährliche Ruhegeld aus einem für alle Klassen gleichen Grundbetrag von 360 Goldmark und einem Steigerungsbetrag von 10 Proz. der gültig entrichteten Beiträge.

### Literarisches.

Was Industriearbeiter lesen. Die Hauszeitung der R. Buch-V. G. in Züligart berichtet über die Verwendung der eigenen Bücherzeit während der letzten Jahre. Danach gehören zu den weitläufig am meisten begehrten Büchern alle erzählenden Christen von Ludwig Thoma, der „Hungervapor“ Wilhelm Raabes und Kurt Hamanns „Victoria“. Man kann also wohl sagen, daß die Ansprüche und der Geschmack dieser Arbeiter auf beträchtlicher Höhe sich halten. Daneben wurden die folgenden Werke häufiger verlangt: Gustav Freytags „Zoll und Haben“, sämtliche Schriften Theodor Storms und Wilhelm Büchs, Flauberts „Salambo“, Schwabs „Amateursozialist“, ferner die Werke von Zola, Dresse, Arrensen und Max Gutz. An der Spitze der begehrten bibliographischen Bücher steht Spenalters „Untergang des Abendlandes“.

10 Jahre deutscher Reichsfinanzpolitik. Von Josef Gira. Mit einem Vorwort des Reichs- und Landtagsabgeordneten Wilhelm Reil. Verlag der Schwäbischen Tagwacht in Stuttgart. Preis 1,80 M. — Die etatte Arbeit gibt nicht nur erstmals eine zusammenfassende Gesamtdarstellung der Reichsfinanzpolitik der letzten zehn Jahre, des Reparationsproblems, des Währungszerfalls usw. und füllt damit eine Lücke in der Literatur aus,

sondern stellt gleichzeitig den beständigen zähen Steuerkampf der Sozialdemokratie gegen die Besitzinteressen und eine glänzende Rechtfertigung ihrer Stellungnahme zu den im behandelten Zeitraum herbeigehobten sich aufhäufenden Problemen dar. Daher sollte sie eine möglichst große Verbreitung, besonders bei allen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, finden.

„Wir wollen werden, wir wollen werden.“ Gedichte von Ludwig Kessen, Berlin. Kartonierte 35 Pf., in Halbheften 70 Pf.

Das Finmen. Vereinigte Staaten Europas oder Europa N. G. Verlag: Ehrhinger Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis: 1,80 Goldmark.

Der eigenartige Titel dieses Buches ist der Spruch unserer Wirklichkeit, da die Vereinigten Staaten von Europa sich nicht bilden lassen als eine Föderation demokratischer Gemeinwesen mit Volksheer, sondern als eine geheime aber außerordentlich wirksame Herrschaft einer internationalen Vereinigung von Monarchen. Das auch das Weltkapital seine offiziell goldene Internationale, so bestehen unter den sich ständig ausbreitenden Kapitalfaktoren Nischenorganisationen, so viel privatwirtschaftliche Interessensverbindungen und so viel große Gemeinschaftsaktionen, daß man ohne Uebertreibung heute von einer Europa-N. G. sprechen kann.

Den Beweis hierfür erbringt Finmen in seiner außerordentlich materialreichen aber durchaus nicht langweiligen Schrift. Sie bringt nicht nur Belege über die internationale Verbindung der Industrie, der Banken, der Kolonialvereinigungen, sondern sie stellt diese Dinge unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung und mit den Augen des Gewerkschaftssozialisten und weltproletarisch orientierten Politikers.

Darin besteht der besondere Reiz dieser Schrift, daß sie geschrieben ist von einem Gewerkschaftler, der als Sekretär der Transportarbeiter-Internationale sowohl einen Ueberblick hat über die internationale Gewerkschaftsbewegung als auch als Vertreter des Verbandsverbandes schon von Beruf wegen sich um die wirtschaftlichen Vorkämpfer Finmen muß.

Dieses Buch ist nicht nur eine Materialsammlung, sondern es ist ein Werk, das in den Schulbuchbüchern die veränderte Frontstellung des Weltkapitals sowohl im allgemeinen Weltwirtschaftskampf, als auch im Klassenkampf gegen das Weltproletariat. Die neue Methode dieses Kampfes, die totalen Umwälzungen der Wirtschaft nach der Revolution werden von Finmen entwicklungs-geschichtlich beleuchtet und erklärt. Daraus ergibt sich für ihn eine Reihe wichtiger Lehren für den internationalen Gewerkschaftskampf. Finmen zeigt, daß der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterschaft in Angriff und Wehr sich diesen veränderten Verhältnissen anpassen muß; er beweist, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht bei den Methoden der Vorkriegszeit stehen bleiben dürfe, sondern sich immer mehr internationalisieren muß. Finmen macht dann praktische Vorschläge über eine Anpassung und Umgestaltung der heutigen nationalen und internationalen Arbeiterbewegung, um den neuen Aufgaben gewachsen zu sein. Die Vorschläge werden ferner die Beachtung nicht nur der Arbeiterwelt, sondern aller politisch Interessierten finden.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Die Zahlstelle Mülheim (Ruhr) ist mit der Zahlstelle Essen verschmolzen und dadurch als selbständige Zahlstelle eingegangen.

2. Materialverband. Der mit dem Verband deutscher Buchbinderbesitzer vereinbarte neue Tarif (VDB-Tarif) ist dem Tarifschutz und allen an diesem Tarif interessierten Zahlstellen in je einem oder einigen Exemplaren unentgeltlich zugesandt. Weitere Exemplare sind zum Preise von 25 Pf. das Stück (einschließlich Porto für Zufendung) von uns zu beziehen.

Sollte beim Verband der Freie Exemplare eine am VDB-Tarif interessierte Zahlstelle übersehen sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

### Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 5. August bei der Verbandskasse ein:

- Gau Nordosten 414,75 M., Spremberg 130.— M., Neuruppin 17.— M., Brandenburg a. d. S. 100.— M., Markt, Rathenow 815.— M., Bielefeld 1522,45 M., Kassel 325.— M., Bochum 200.— M., Niebuhr — M., Frankfurt a. M. Offenbach 3211,70 M., Fulda 28,43 M., Kilmburg 25.— M., Marburg 150.— M., Kassel — Eichenhof 99,82 M., (San Zaufen 500,50 M., Annaberg-Buchholz 2530.— M., Burgkahl 149,50 M., Chemnitz 1816,50 M., Freiberg 45,95 M., Plauen 539.— M., Rajchan 160.— M., — Pfortzheim 770.— M., — Vahrenth 30.— M., Würzburg 600.— M.

### Abrechnungen.

B. — Bevollmächtigter. K. — Kassierer. Saalfeld a. d. Saale. B.: G. Strauß, Am stanger-stein 20.

K.: W. Diekmann, Alter Markt 16. Weimar. B.: R. Lamber, Wernerstr. 30 I. K.: P. Wajchau, Schröderstr. 20 III.

Der Vorstandsvorsitz.